



Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Markus Rinderspacher SPD**
vom 19.03.2024

Chinapolitik der Staatsregierung

Die folgenden Fragen stellen sich anlässlich der Chinareise des Ministerpräsidenten.

Die Staatsregierung wird gefragt:

- 1.1 Wie viele Fälle von Wirtschaftsspionage mit Chinabezug in Bayern wurden der Staatsregierung seit 2021 bekannt? 3
- 1.2 Wie viele Fälle von Forschungsspionage mit Chinabezug in Bayern wurden der Staatsregierung seit 2021 bekannt? 3
- 1.3 Wie viele Fälle von Spionage oder Verfolgung von Opposition bzw. Andersdenkender durch den chinesischen Staat in Bayern wurden der Staatsregierung seit 2021 bekannt? 4
- 2.1 Welche Maßnahmen hat die Staatsregierung seit 2021 gegen Spionage mit Chinabezug konkret unternommen? 4
- 2.2 Wie unterstützt die Staatsregierung die bayerischen Kommunen bei Fragestellungen mit Chinabezug (bitte konkrete Unterstützungsmaßnahmen seit 2021 nennen)? 4
- 2.3 Welche konkreten Konsequenzen zog die Staatsregierung aus der Anhörung des Europaausschusses zu den Aktivitäten der Volksrepublik China in Bayern, die im Februar 2023 stattfand? 5
- 3.1 Wie viele Übernahmen bzw. Investitionen chinesischer Unternehmen in Bayern gab es seit 2021? 5
- 3.2 Ist der Staatsregierung konkret bekannt, ob nach den o. g. Übernahmen bzw. Investitionen Arbeitnehmerrechte eingehalten wurden? 5
- 3.3 Ist im Rahmen der o. g. Übernahmen bzw. Investitionen nach Kenntnis der Staatsregierung Know-how aus Bayern nach China abgeflossen? 5
- 4.1 Ist auf Diensthandys der Staatsregierung bzw. der Ministerialverwaltung die App TikTok erlaubt? 6
- 4.2 Nutzt die Staatsregierung die Plattform TikTok? 6

4.3	Fand in der Staatsregierung die von der Bundesregierung im Juni 2023 geforderte „kritische Hinterfragung“ der Zusammenarbeit bayerischer Hochschulen mit Konfuzius-Instituten statt (bitte konkret nennen, ob und ggf. welche Konsequenzen, insbesondere auch im Bereich der finanziellen Förderung, gezogen wurden)?	6
5.1	Ist eine Reise des Ministerpräsidenten nach Taiwan geplant?	6
5.2	Wie hat die Staatsregierung seit 2021 konkret auf die Situation der Menschenrechte in China hingewiesen?	7
5.3	Welche Gespräche zwischen Mitgliedern der Staatsregierung und chinesischen Regierungsvertretern haben seit 2021 konkret stattgefunden (bitte Ort, Zeit und Thema mitteilen)?	7
	Anlage	8
	Hinweise des Landtagsamts	10

Antwort

des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration im Einvernehmen mit der Staatskanzlei und allen Ressorts

vom 16.05.2024

Vorbemerkung:

Soweit Anfragen von Abgeordneten Umstände betreffen, die aus Gründen des Staatswohls geheimhaltungsbedürftig sind, ist zu prüfen, ob und auf welche Weise die Geheimhaltungsbedürftigkeit mit dem parlamentarischen Informationsanspruch in Einklang gebracht werden kann (vgl. Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts – BVerfGE – 124, 161–189).

Nach sorgfältiger Abwägung des Informationsrechts der Abgeordneten mit dem Staatswohl, das durch Bekanntwerden geheimhaltungsbedürftiger Informationen gefährdet werden könnte, ist das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration zu der Auffassung gelangt, dass die Fragen 1.1 bis 2.1 und 3.3 zum Teil nicht beantwortet werden können. Auskünfte hierzu würden die Wirksamkeit der nachrichtendienstlichen Tätigkeit und damit auch die Sicherheitslage gefährden. Eine öffentliche Bekanntgabe detaillierter Informationen zu einzelnen Aufklärungserkenntnissen des Landesamtes für Verfassungsschutz (BayLfV) im Bereich der Spionage und damit einhergehend die Kenntnisnahme durch Unbefugte hätte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Sicherheit des Landes und des Bundes. Die preisgegebenen Informationen könnten insbesondere von ausländischen Nachrichtendiensten genutzt werden, um ihre Methoden und die eigene Erkenntnislage anzupassen. Die künftige Aufgabenerfüllung des BayLfV wäre somit erheblich beeinträchtigt. Hierdurch könnten signifikante Lücken mit Folgewirkungen für die Sicherheitslage im Freistaat Bayern und der Bundesrepublik Deutschland entstehen. Auch eine Verschlussache-Einstufung (VS-Einstufung) und Hinterlegung der angefragten Informationen in der VS-Registrierung des Landtags würde ihrer erheblichen Relevanz im Hinblick auf die Bedeutung der Aufgabenerfüllung des BayLfV und das Staatswohl nicht ausreichend Rechnung tragen. Die angefragten Informationen würden gerade angesichts ihres spezifischen Detaillierungsgrads in einem so bedeutenden Maße Aufschluss über das mögliche Potenzial der Angriffe ausländischer Nachrichtendienste geben, dass eine Weitergabe der besonders geheimhaltungsbedürftigen Informationen auch gegenüber einem eng begrenzten Kreis von Empfängern nicht vertreten werden kann. Je größer der Kreis an Geheimnisträgern ist, umso höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass Geheimnisse – sei es absichtlich oder versehentlich – weitergegeben oder ausgespäht werden (vgl. BVerfGE 70, 324–364).

- 1.1 Wie viele Fälle von Wirtschaftsspionage mit Chinabezug in Bayern wurden der Staatsregierung seit 2021 bekannt?**

- 1.2 Wie viele Fälle von Forschungsspionage mit Chinabezug in Bayern wurden der Staatsregierung seit 2021 bekannt?**

1.3 Wie viele Fälle von Spionage oder Verfolgung von Opposition bzw. Andersdenkender durch den chinesischen Staat in Bayern wurden der Staatsregierung seit 2021 bekannt?

Die Fragen 1.1 bis 1.3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs zusammen beantwortet.

Grundlegend wird auf die Ausführungen im Verfassungsschutzbericht Bayern 2023, Seite 319 ff. (abrufbar unter www.verfassungsschutz.bayern.de), verwiesen. Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

Darüber hinaus ist für die Bayerische Polizei festzuhalten, dass weder in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) noch dem Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK) noch im Vorgangsverwaltungssystem der Bayerischen Polizei (IGVP) explizite, valide Rechercheparameter vorhanden sind, die eine automatisierte statistische Auswertung im Sinne der Fragestellungen ermöglichen würden.

Für eine Beantwortung müsste insofern eine umfangreiche manuelle (Einzel-)Auswertung von Akten und Datenbeständen bei den Präsidien der Bayerischen Landespolizei und dem Landeskriminalamt erfolgen. Dies würde zu einem erheblichen zeitlichen und personellen Aufwand führen. Auch unter Berücksichtigung der Bedeutung des sich aus Art. 13 Abs. 2, 16a Abs. 1 und 2 Satz 1 Bayerische Verfassung (BV) ergebenden parlamentarischen Fragerechts der Abgeordneten des Landtags kann daher eine Auswertung von Einzelakten u. Ä. nicht erfolgen.

2.1 Welche Maßnahmen hat die Staatsregierung seit 2021 gegen Spionage mit Chinabezug konkret unternommen?

Spionageabwehr gehört zum Aufgabenbereich des BayLfV. Das BayLfV führt im Rahmen der Bearbeitung der Spionageabwehr u. a. Sensibilisierungsmaßnahmen durch. Dabei werden insbesondere gefährdete Personen und Institutionen aus den Bereichen Politik, Verwaltung, Wirtschaft sowie Wissenschaft und Forschung hinsichtlich Spionage- und Einflussnahmeaktivitäten ausländischer Staaten und deren Nachrichtendiensten informiert. Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung und die Antwort zu den Fragen 1.1 bis 1.3 verwiesen.

2.2 Wie unterstützt die Staatsregierung die bayerischen Kommunen bei Fragestellungen mit Chinabezug (bitte konkrete Unterstützungsmaßnahmen seit 2021 nennen)?

Die bayerischen Kommunen werden vom Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) hinsichtlich der Mitnahme und Nutzung von IT-Ausrüstung bei Dienstreisen in die Volksrepublik China beraten.

Die bayerischen Repräsentanzbüros in China bieten Unterstützung bei der Vorbereitung und/oder Begleitung von Delegationen aus Bayern nach China auch auf kommunaler Ebene an. Folgende Delegationen auf kommunaler Ebene haben diese Unterstützung in Anspruch genommen:

Juni 2023: Stadt München

November 2023: Stadt München

Mai 2024: (geplant) Stadt Nürnberg

Die bereits unter Frage 2.1 dargestellten Sensibilisierungsmaßnahmen des BayLfV sollen zukünftig auch auf ggf. betroffene Kommunen ausgeweitet werden. Des Weiteren wandten sich bereits in der Vergangenheit Mitarbeitende kommunaler Gebietskörperschaften in konkreten Einzelfällen an das BayLfV. Dabei fanden ein Austausch sowie eine Hilfestellung für die betroffenen Kommunen statt.

2.3 Welche konkreten Konsequenzen zog die Staatsregierung aus der Anhörung des Europaausschusses zu den Aktivitäten der Volksrepublik China in Bayern, die im Februar 2023 stattfand?

Unmittelbare Konsequenzen waren nicht veranlasst.

3.1 Wie viele Übernahmen bzw. Investitionen chinesischer Unternehmen in Bayern gab es seit 2021?

Bekannt sind die Investitionen chinesischer Unternehmen in Bayern, an denen die bayerische Ansiedlungsagentur Invest in Bavaria beteiligt war. Von Invest in Bavaria werden lediglich Direktinvestitionen (Ansiedlungen und Erweiterungen) betreut, nicht aber Unternehmensübernahmen und Finanzinvestitionen. Daher können hier nur zu den Direktinvestitionen umfassende Aussagen getroffen werden.

Seit 2021 wurden insgesamt 31 von Invest in Bavaria betreute Investitionsvorhaben chinesischer Unternehmen erfolgreich abgeschlossen. Der Schwerpunkt lag dabei mit 29 Projekten auf Neuansiedlungen; hinzu kommen zwei Erweiterungsprojekte bereits in Bayern ansässiger chinesischer Unternehmen.

3.2 Ist der Staatsregierung konkret bekannt, ob nach den o. g. Übernahmen bzw. Investitionen Arbeitnehmerrechte eingehalten wurden?

Invest in Bavaria liegen lediglich Informationen zu den Arbeitsplatzeffekten der betreuten chinesischen Investitionsvorhaben in Bayern vor. Danach wirken sich die chinesischen Investitionen positiv auf die Arbeitsplatzsituation in Bayern aus. Durch die seit 2021 erfolgten Investitionsvorhaben chinesischer Unternehmen wurden in Bayern insgesamt 904 neue Arbeitsplätze geschaffen, davon 852 neue Arbeitsplätze durch Neuansiedlungen und 52 neue Arbeitsplätze durch Erweiterungsprojekte.

3.3 Ist im Rahmen der o. g. Übernahmen bzw. Investitionen nach Kenntnis der Staatsregierung Know-how aus Bayern nach China abgeflossen?

Invest in Bavaria ist kein Abfluss von Wissen nach China im Rahmen von Investitionsvorhaben bekannt. Vielmehr bauen chinesische Unternehmen regelmäßig Forschungs- und Entwicklungskapazitäten in Bayern auf. Von den betreuten 31 Investitionsvorhaben chinesischer Unternehmen in Bayern sind sechs Projekte dem Bereich Forschung und Entwicklung (F&E) zuzuordnen, wodurch rund 500 neue qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen wurden.

Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung und die Antwort zu den Fragen 1.1 bis 1.3 verwiesen.

4.1 Ist auf Diensthandys der Staatsregierung bzw. der Ministerialverwaltung die App TikTok erlaubt?

Die Ressorts entscheiden in eigener Verantwortung über die Verwendung von Apps auf dienstlichen Endgeräten. Grundsätzlich kann die TikTok-App auf dienstlichen Geräten genutzt werden, üblicherweise bei dienstlicher Notwendigkeit (z. B. zum Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit o. Ä.).

Innerhalb des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration (StMI) wird von der Nutzung abgeraten. Daher ist es grundsätzlich innerhalb des StMI aktuell nicht möglich, die App TikTok auf den dienstlichen Geräten zu installieren.

4.2 Nutzt die Staatsregierung die Plattform TikTok?

Im Herbst 2020 wurde ein TikTok-Kanal für das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr eingerichtet.

Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus nutzt den Kanal TikTok mit Werbeschaltungen (Mediaplanung) im Zuge einer Werbekampagne. Ein eigener Account existiert nicht und ist auch nicht geplant.

Das Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention ist nicht mit einem eigenen Account auf TikTok vertreten. Jedoch hat es im Rahmen von Kommunikationskampagnen bereits Werbeanzeigen auf TikTok geschaltet.

Das StMI ist nicht mit einem eigenen Account auf TikTok vertreten. Über einen kampagnenspezifischen Account namens „@eure_fans“ wird der Kanal TikTok im Rahmen der Kampagne „Nicht alle Helden tragen Trikots“ genutzt und in diesem Zusammenhang auch Werbung geschaltet. Die gesellschaftlich relevante Botschaft „Mehr Respekt für Einsatz- und Rettungskräfte“ wird genau dort ausgespielt, wo sie viele, insbesondere auch junge Menschen erreicht.

4.3 Fand in der Staatsregierung die von der Bundesregierung im Juni 2023 geforderte „kritische Hinterfragung“ der Zusammenarbeit bayerischer Hochschulen mit Konfuzius-Instituten statt (bitte konkret nennen, ob und ggf. welche Konsequenzen, insbesondere auch im Bereich der finanziellen Förderung, gezogen wurden)?

Die Äußerungen der Bundesregierung von Juni 2023 sind der Staatsregierung bekannt.

Die bayerischen Hochschulen sind per se international ausgerichtete Hochschulen, die auf wissenschaftlichen Austausch zwingend angewiesen sind. Sie sind sich der besonderen Verantwortung mit Blick auf Kooperationen mit chinesischen Hochschulen oder Einrichtungen bewusst.

5.1 Ist eine Reise des Ministerpräsidenten nach Taiwan geplant?

Nein.

5.2 Wie hat die Staatsregierung seit 2021 konkret auf die Situation der Menschenrechte in China hingewiesen?

Gegenstand bilateraler Gespräche mit Vertretern der chinesischen Zentral- und Provinzregierung sind regelmäßig auch Menschenrechtsthemen. Dies war auch im Rahmen der politischen Gespräche während der Chinareise von Ministerpräsident Dr. Markus Söder vom 23. bis 28.03.2024 der Fall.

5.3 Welche Gespräche zwischen Mitgliedern der Staatsregierung und chinesischen Regierungsvertretern haben seit 2021 konkret stattgefunden (bitte Ort, Zeit und Thema mitteilen)?

Auf die beigefügte Anlage wird verwiesen. Dabei erfolgt aufgrund der mit unverhältnismäßigem Aufwand verbundenen vollständigen Recherche eine Beschränkung ausschließlich auf „persönliche Treffen“ zwischen Vertretern der Staatsregierung und politischen Vertretern der chinesischen Zentral- bzw. Provinzregierungen.

Die vorliegende Antwort beschränkt sich überdies auf die Abfrage der Kontakte mit Regierungsvertretern auf den Zeitraum nach der Beantwortung der Schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes (AfD) betreffend „Bayerisch-chinesische Beziehungen II“ (Drs. 18/27060 vom 16.11.2022). Im Übrigen wird auf die Beantwortung dieser Anfrage verwiesen.

Anlage

Frage 5.3: Welche Gespräche zwischen Mitgliedern der Staatsregierung und chinesischen Regierungsvertretern haben seit 2021 konkret stattgefunden (bitte Ort, Zeit und Thema mitteilen)?

	Datum	Ort	Bezeichnung und Name der Vertreter der Staatsregierung	Personen	Themen
1	25.04.2023	München	Ministerpräsident Dr. Markus Söder Staatsminister Dr. Florian Herrmann Staatsminister Hubert Aiwanger	WANG Wentao, Handelsminister der Volksrepublik China	Bilaterale Wirtschafts- und Handelsthemen
2.	20.06.2023	München	Ministerpräsident Dr. Markus Söder Staatsminister Dr. Florian Herrmann Staatsminister Hubert Aiwanger Staatsminister Markus Blume Staatsministerin a. D. Melanie Hum	LI Qiang, Premierminister der Volksrepublik China WANG Wentao, Handelsminister der Volksrepublik China DENG Li, Vizeminister für auswärtige Angelegenheiten der Volksrepublik China	Themen der bilateralen Zusammenarbeit
3.	21.06.2023	München	Staatsminister Joachim Herrmann	LI Qiang, Premierminister der Volksrepublik China	Begleitung in Vertretung des Ministerpräsidenten bei BMW, Siemens und zum Flughafen
4.	06.09.2023	Konferenz für Wirtschafts- und Handelszusammenarbeit zwischen der Guangdong – Hong Kong – Macao Greater Bay Area und Europa in München	Saatsekretär Roland Weigert	WANG Weizhong, Gouverneur der Provinz Guangdong; YAU Algernon, Minister für Handel und wirtschaftliche Entwicklung der Sonderverwaltungsregion Hong Kong; U Vincent, Vorsitzender des Verwaltungsausschusses des Macau Trade and Investment Promotion Institute (IPIM) der Sonderverwaltungsregion Macao	Gegenseitiges Vorstellen und Kennenlernen
5.	07.09.2023	München	Staatsminister Joachim Herrmann	QI Yanjun, Vizeminister im Ministerium für Öffentliche Sicherheit der Volksrepublik China	Fragen der Inneren Sicherheit
6.	17.02.2024	München	Ministerpräsident Dr. Markus Söder Staatsminister Dr. Florian Herrmann	WANG Yi, Außenminister der Volksrepublik China	Themen der bilateralen Zusammenarbeit
7.	25.03.2024	Chengdu	Ministerpräsident Dr. Markus Söder Staatsminister Dr. Florian Herrmann	WANG Xiaohui, Parteisekretär der Kommunistischen Partei Chinas in der Provinz Sichuan	Themen der bilateralen Zusammenarbeit
8.	25.03.2024	Chengdu	Ministerpräsident Dr. Markus Söder Staatsminister Dr. Florian Herrmann	HUANG Qiang, Gouverneur der Provinz Sichuan	Themen der bilateralen Zusammenarbeit

	Datum	Ort	Bezeichnung und Name der Vertreter der Staatsregierung	Personen	Themen
9.	26.03.2024	Peking	Ministerpräsident Dr. Markus Söder Staatsminister Dr. Florian Herrmann Staatsminister Markus Blume	WENTAO Wang, Handelsminister der Volksrepublik China	Bilaterale Wirtschafts- und Handelsthemen
10.	27.03.2024	Peking	Ministerpräsident Dr. Markus Söder Staatsminister Dr. Florian Herrmann Staatsminister Markus Blume	LI Qiang, Premierminister der Volksrepublik China	Themen der bilateralen Zusammenarbeit
11.	06.04.2024	München	Staatsminister Hubert Aiwanger	LING Ji, Vize-Handelsminister der Volksrepublik China	Allgemeiner Austausch zu Wirtschaftsthemen

Hinweise des Landtagsamts

Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

—————

Zur Vereinfachung der Lesbarkeit können Internetadressen verkürzt dargestellt sein. Die vollständige Internetadresse ist als Hyperlink hinterlegt und in der digitalen Version des Dokuments direkt aufrufbar. Zusätzlich ist diese als Fußnote vollständig dargestellt.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de/parlament/dokumente abrufbar.

Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de/aktuelles/sitzungen zur Verfügung.